

Information

gemäß Art. 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung für Gremien und Sitzungsdienst der Stadtverwaltung Mayen

Die Stadtverwaltung Mayen verarbeitet personenbezogene Daten im Zusammenhang mit Gremien und Sitzungsdienst. Mit den nachfolgenden Informationen werden die Betroffenen über den Verantwortlichen, die Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung, die Kategorien von Empfängern personenbezogener Daten, die Dauer der Speicherung sowie die Betroffenen-, Widerrufs- und Beschwerderechte unterrichtet.

Ihre Ansprechpartner in datenschutzrechtlichen Angelegenheiten sind:

Behördenleitung Stadt Mayen:

Oberbürgermeister

Rathaus Rosengasse 2

56727 Mayen

Telefon +49 (0) 2651 88 4444

Fax + 49 (0) 2651 88 51113

E-Mail obvz@mayen.de

Datenschutzbeauftragter Stadt Mayen:

Stadtverwaltung Mayen

Fachbereich 1 - Datenschutz

Rathaus Rosengasse 2

56727 Mayen

Telefon +49 (0) 2651 88 2301 / 3301

Fax + 49 (0) 2651 88 51111

E-Mail datenschutz@mayen.de

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Im Zusammenhang mit der Vor- und Nachbereitung von Gremiensitzungen und Veranstaltungen (u.a. Zentrale Vorbereitung von Ratssitzungen, Ausschüssen, Sammlung der Niederschriften, Erstellung und Auswertung von Protokollen, Ehrung von Ratsmitgliedern, Sitzungsgeld) verarbeitet die Stadtverwaltung Mayen personenbezogene Daten nur soweit dies zur Wahrung von Öffentlichkeitspflichten erforderlich ist. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Art. 6 DS-GVO.

Es werden die folgenden Kategorien von personenbezogenen Daten verarbeitet:

- Kontaktdaten, insbesondere Vor- und Nachname, ggf. Titel, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse,
- Bankverbindung,
- Inhalte von Beschlüssen oder Protokolle mit personenbezogenen Daten,
- Ggf. Gesundheitsdaten.

Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Auf personenbezogene Daten haben nur die jeweiligen zuständigen Mitarbeiter der Stadtverwaltung Mayen sowie die Rats- und Ausschussmitglieder, Bürgermeister und Oberbürgermeister und die Beigeordneten Zugriff. Weitere Übermittlungen erfolgen nicht.

Dauer der Speicherung

Die Dauer der Speicherung beträgt –soweit es das Sitzungsgeld betrifft- 10 Jahre, vgl. § 147 AO. Alle weiteren Daten 30 Jahre (KGSt).

Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sind:

Sie haben nach der Datenschutz-Grundverordnung verschiedene Rechte. Einzelheiten ergeben sich insbesondere aus Artikel 15 bis 18 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung.

• Recht auf Auskunft

Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern (Art. 15 (1) DS-GVO).

• Recht auf Berichtigung

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen (Art. 16 (1) DS-GVO).

• Recht auf Löschung

Sie können die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden (Art. 17 (1) DS-GVO)

• Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Sie haben das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse (z. B. gesetzmäßige und gleichmäßige Besteuerung) besteht (Art. 18 (1) DS-GVO)

• Recht auf Widerspruch

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Allerdings können wir dem

nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur Verarbeitung verpflichtet (z. B. Durchführung des Wahlverfahrens) (Art. 21 (1) DS-GVO).

• **Recht auf Beschwerde**

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir Ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind, können Sie bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde Beschwerde einlegen (Art. 77 (1) DS-GVO).

Die Kontaktdaten sind:

Aufsichtsbehörde für den Bereich der sonstigen Abgaben:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz

Hintere Bleiche 34

55116 Mainz

Tel. + 49 (0) 6131 208-2449

Webseite: www.datenschutz.rlp.de